



Harald Koch

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied im Finanzausschuss

Mitglied im Verteidigungsausschuss

Stellvertreter im Ausschuss für Ernährung,

Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Harald Koch, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030 227 – 73458

Fax 030 227 – 76458

E-Mail:

harald.koch@bundestag.de

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Ralph Kummer

Telefon 030 227 - 73459

Fax 030 227 - 76458

E-Mail:

harald.koch.ma02@bundestag.de

PRESSEMITTEILUNG

Sangerhausen, 03.11.2010

Kommunalfinanzen: Spiel mir das Lied vom Tod

*„Selbst durch etwas höhere Steuereinnahmen werden Kommunen ihrer Finanzmisere nicht Herr. Der Bund lässt sie beim Schultern steigender sozialer Ausgaben nach wie vor hängen. Dass die Kommunen in ihrer Verzweiflung die Friedhofsgebühren als zusätzliche Einnahmequelle entdeckt haben, zeigt doch: In den Kommunen wird schon längst das Lied vom finanziellen Tod angestimmt“, erklärt der Bundestagsabgeordnete **Harald Koch**, für die Fraktion DIE LINKE im Finanzausschuss, Verteidigungsausschuss und Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement tätig, hinsichtlich der anstehenden Steuerschätzung für 2010 bis 2012 und der in 2010 um rund zehn Prozent gestiegenen Friedhofsgebühren.*

Koch führt aus: „Für die am Dienstag beginnenden Beratungen des Arbeitskreises Steuerschätzung geht man von Steuer Mehreinnahmen für dieses und die kommenden beiden Jahre von 62,5 Milliarden Euro aus. Bund, Ländern und Gemeinden sowie der EU dürften demzufolge in 2010 von Steuerzahlern in den Privathaushalten und der Wirtschaft in Deutschland etwa 17 Milliarden Euro mehr in die Kassen fließen. Doch von diesen Zahlen darf man sich nicht blenden lassen!

Die Kommunen gehen nämlich davon aus, nur mit rund 12 bis 15 Prozent an den erwarteten Steuer Mehreinnahmen beteiligt zu werden. Denn vor allem die Körperschaftsteuer hat sich vortrefflich entwickelt. Die Kommunen sind aber gar nicht an dieser Steuer beteiligt!

Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen muss schnellstmöglich gelöst werden. Ich fordere daher, den Bund deutlich stärker als bisher an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben - wie unter anderem den Kosten der Unterkunft - zu beteiligen. Als Sofortmaßnahme muss die Gewerbesteuerumlage an den Bund sofort und die an die Länder schrittweise abgeschafft werden. Die Gewerbesteuer ist zur konjunkturunabhängigeren Gemeindegewerbesteuer weiterzuentwickeln, mit einer verbreiterten Bemessungsgrundlage und der Einbeziehung bisher nicht gewerbesteuerpflichtiger Unternehmer. Um nicht weiterhin dringend notwendige Investitionen abzuwürgen, muss eine kommunale Investitionspauschale aus Bundesmitteln umgehend bereitgestellt werden. Ansonsten wird den Kommunen wirklich bald das Lebenslicht ausgeblasen.“